

► Allgemeines

Neu: DZI Spenden-Almanach 2007/8. Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) veröffentlichte Ende November 2007 seinen DZI Spenden-Almanach 2007/8. Der 356 Seiten umfassende Ratgeber vermittelt Informationen und Entscheidungshilfen rund ums Spenden. Er macht das Spenden einfacher und sicherer. Neben detaillierten Einzelportraits aller 230 mit dem DZI Spenden-Siegel ausgezeichneten Organisationen enthält der Spenden-Almanach kurz gefasste Spenden-Tipps, Spendenstatistiken und Fachbeiträge. Themen sind unter anderem die Zertifizierung von Naturschutzarbeit, eine Kritik des Mitleids, eine aktuelle Studie über Sammeldosen im Berliner Einzelhandel und die Einführung einer allgemeinen Online-Datenbank für gemeinnützige Organisationen in Deutschland. Der Spenden-Almanach ist zum Preis von 12,80 Euro im Buchhandel (ISBN 978-3-9805028-8-7) oder über das DZI erhältlich (Website www.dzi.de oder Postadresse: Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, siehe beiliegende Bestellkarte). Die Herstellung des Spenden-Almanachs wurde durch einen Druckkostenzuschuss des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Das DZI erwartet, dass die Spenden für soziale Zwecke in Deutschland im Jahr 2007 bei rund 2,35 Milliarden Euro liegen werden, was einen Rückgang um etwa 3 % bedeutet. Diese Schätzung stützt sich auf die vom DZI vorgenommene Erhebung der Spendeneinnahmen zum 30. September 2007 bei den 30 größten Organisationen mit DZI Spenden-Siegel. Das gesamte jährliche Spendenvolumen in Deutschland, einschließlich der über das Soziale hinausgehenden gemeinnützigen Zwecke wie zum Beispiel Tierschutz, Umwelt- und Naturschutz, Kultur und Sport, liegt unterschiedlichen Schätzungen zufolge bei drei bis fünf Mrd. Euro pro Jahr. Das DZI bietet mit dem Spenden-Siegel und den Auskünften der DZI-Spenderberatung zu mehreren hundert Organisationen ohne Siegel den Spenderinnen und Spendern, öffentlichen Zuwendungsgebern und Medien unabhängige Entscheidungshilfen hinsichtlich überregional Spenden sammelnder Organisationen. Bei Vereinen und Stiftungen, die Spendenaufrufe nur in ihrem lokalen oder regionalen Umfeld verbreiten, sollten Spenderinnen und Spender ihrem eigenen Urteil und den vor Ort verfügbaren Informationen vertrauen. Prüfsteine für Seriosität enthalten außerdem viele der DZI Spenden-Tipps, die unter www.dzi.de und im Spenden-Almanach veröffentlicht werden.

ZivilEngagement-Beauftragter erläutert Programm.

Sein Arbeitsprogramm bis zum Ende der Legislaturperiode hat Dr. Hans Fleisch, der neue Beauftragte für ZivilEngagement des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, im Bundestags-Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ vorgestellt. Er sehe seine Aufgabe vor allem als Katalysator, der verschiedene Interessen aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements

zusammenbringen wolle. Seine Kompetenzen seien derzeit vom Ministerium „lediglich allgemein, durch die Anbindung an Staatssekretär Hoofe, festgelegt“, sagte er laut Protokoll. Wie er selbst als Beauftragter in das Ministerium eingebunden ist, müsse noch festgelegt werden. Bei der Finanzierung seiner Aktivitäten sehe er den Bundestag in der Pflicht, für eine ausreichende Ausstattung zu sorgen. *Quelle: Newsletter des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement 24.2007*

Bilanz des Aktionsprogramms „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“. Hrsg. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Selbstverlag. Berlin 2007, 71 S., kostenlos *DZI-D-8136*

Der Senat von Berlin hat mit seinem ersten Aktionsprogramm „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ im Jahr 2006 gezielt Projekte mit integrationsorientierten Inhalten gefördert. Insbesondere sollte die Partizipation von Migrantinnen und Migranten verbessert werden, zum Beispiel durch eine interkulturelle Öffnung der Institutionen und durch die Stärkung der Kooperation mit Einrichtungen von Migrantenorganisationen. Die vorliegende Publikation beschreibt aus Sicht der begleitenden Evaluierung die Umsetzung des Programms. Sie dokumentiert die einzelnen Projekte mit ihren jeweiligen Zielen, Handlungsfeldern und Arbeitsergebnissen. Der Bericht wendet sich an die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie an die Projektträger und Kooperanten. Bestelladresse: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 51, Fax: 030/90 17-23 20
E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Neue Form des ehrenamtlichen Engagements. Das Augsburger Sozialpatenmodell ist für das Freiwilligenzentrum in Augsburg eine neue Form der Freiwilligenarbeit. Ehrenamtliche mit Lebenserfahrung und Kompetenz aus dem Berufsleben übernehmen als Sozialpaten mehr Verantwortung als im traditionellen Ehrenamt. Sie gehen nicht den Hauptamtlichen zur Hand, sondern leiten die Sprechstunden selbst. 40 Sozialpatinnen und Sozialpaten sind in Augsburg derzeit im Einsatz. Alle haben einen Einführungskurs mit 24 Unterrichtseinheiten absolviert: Juristinnen, Banker, pensionierte Pfarrer, aber auch Hausfrauen und Mütter. *Quelle: Sozialcourage 4.2007*

Das Profil sozialer Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft im Kontext von Kooperationen und Fusionen. Eine Handreichung des Verbandes der Diözesen Deutschlands und der Kommission für caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz. Hrsg. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Selbstverlag. Bonn 2007, 50 S., kostenlos *DZI-D-8103*

Die vorliegende Arbeitshilfe soll Verantwortlichen von sozialen Einrichtungen und Diensten in katholischer Trägerschaft eine Hilfestellung im Zusammenhang mit der Frage geben, welche Aspekte bei Kooperationen und Fusionen solcher Einrichtungen zu beachten sind. Zunächst wird die veränderte Situation für Rechtsträger von sozialen Einrichtungen und Diensten in kirchlicher Trägerschaft dargestellt. Im Weiteren folgen eine Beschreibung der juristischen Rahmenbedingungen für Verschmelzungen von sozialen Einrichtungen mit katholischen und nicht katho-

lischen Partnern sowie Hinweise für interkonfessionelle Fusionen. Bestellanschrift: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Postfach 29 62, 53019 Bonn, Tel.: 02 28/ 103-205, Fax: 02 28/103-330 E-Mail: broschueren@dbk.de

► Soziales

Hartz IV trotz Arbeit: häufig nicht von Dauer. Rund 1,3 Mio. Personen bezogen im Januar 2007 Hartz-IV-Leistungen, obwohl sie einer Beschäftigung nachgingen. Im Jahresdurchschnitt 2005 lag die Zahl der sogenannten Aufstocker noch bei rund 880 000, zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dies entsprach 17,5 % der erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden im Jahr 2005. Bedürftigkeit trotz Erwerbsarbeit sei jedoch häufig nur ein vorübergehender Zustand, stellen die Autoren und Autorinnen der Studie fest. Am leichtesten gelingt Alleinstehenden mit einer Vollzeitarbeitsstelle der Absprung aus der Hilfebedürftigkeit. Geringfügig Beschäftigte und Familien bleiben dagegen relativ lange im Leistungsbezug. Über das ganze Jahr 2005 betrachtet übten insgesamt rund 2,1 Mio. Personen zumindest für kurze Zeit eine Tätigkeit aus, während sie Hartz-IV-Leistungen bezogen. 325 000 von ihnen waren ganzjährig beschäftigt, mehr als die Hälfte in geringfügiger Beschäftigung. „Bei der Mehrheit der dauerhaften Aufstocker ist das Einkommen aus Minijobs und Teilzeitbeschäftigung eher eine Ergänzung zu den Leistungen als umgekehrt“, schreiben die Arbeitsmarktforschenden. „Im Laufe des Jahres hat ein hoher Teil der Hilfebedürftigen den Kontakt zum Arbeitsmarkt gesucht, aber häufig nicht halten können.“ Die Studie kann unter <http://doku.iab.de/kurzber/2007/kb2207.pdf> abgerufen werden. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 3. Dezember 2007*

Ausbau von Interventionsstellen in Rheinland-Pfalz. Interventionsstellen gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen verfolgen einen sogenannten proaktiven, das heißt aufsuchenden Ansatz und nehmen nach polizeilicher Vermittlung zeitnah Kontakt zu den von Gewalt betroffenen Frauen auf. Sie leisten vor allem kurzfristige Krisenintervention und psychosoziale Erstberatung, geben Informationen zu den rechtlichen Möglichkeiten und erarbeiten in Zusammenarbeit mit der Polizei ein individuelles Schutz- und Sicherheitskonzept. Eine Evaluation über die Arbeit der Stellen hat ergeben, dass 93 % der betroffenen Frauen sich bei erneuter Gefahr wieder an die Interventionsstelle wenden würden. Im Unterschied zu üblichen Beratungsstellen können mit diesem Ansatz Frauen erreicht werden, die von sich aus eine solche Stelle nicht aufsuchen würden. Damit haben die Interventionsstellen auch eine präventive Wirkung und können weitere Gewalt verhindern. Um den Schutz und die Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen auf eine noch breitere Basis zu stellen, sind nach Angaben der rheinland-pfälzischen Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen, Malu Dreyer, für das kommende Jahr weitere Projekte vorgesehen. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz Nr. 156-6/07*

Indikatoren zur Messung von Integrationserfolgen. Ergebnisse des transnationalen Projekts Indikatoren für die Zuwandererintegration. Berliner Beiträge zur Integra-

tion und Migration. Hrsg. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Selbstverlag. Berlin 2007, kostenlos *DZI-D-8104*

In dieser Publikation werden die Ergebnisse des benannten Projekts vorgestellt, das in Berlin vom Integrationsbeauftragten des Senats durchgeführt wurde. An dem von der Europäischen Union geförderten Projekt waren Partner aus verschiedenen europäischen Ländern beteiligt. Ziel war es, die bisherigen national variierenden Ansätze zur Indikatorenentwicklung herauszuarbeiten und Vorschläge für ein einheitliches Indikatorensystem zu entwickeln, um die jeweiligen Arbeitsergebnisse präziser messen und damit besser vergleichen zu können. Der Band enthält Fachbeiträge, die bei einer Europäischen Konferenz im Mai 2006 vorgestellt und diskutiert wurden. Bestellanschrift: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17 23 51, Fax: 030/ 90 17 23 20 E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Endlich Schritte gegen die Kinderarmut! Kinder sind in letzter Zeit immer wieder Thema in den Nachrichten. Der Grund dafür ist jedoch ein trauriger: Unter den 7,3 Mio. Menschen, die von Hartz IV leben müssen, sind 2,5 Mio. Kinder. Kinderarmut – dieser Begriff, den man früher nur aus Entwicklungsländern kannte – macht jetzt in Deutschland immer mehr die Runde. Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Sachsen forderte deshalb dringend, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen die Kinderarmut verringert werden kann. An einer Erhöhung des Regelsatzes führe deshalb kein Weg mehr vorbei, äußerte die Geschäftsführerin des Paritätischen Sachsen, Beate Hennig. Sie beruft sich in diesem Zusammenhang auf den Kinderreport 2007 des Deutschen Kinderhilfswerkes und die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zum Anstieg der Verbraucherpreise. Aus ihrer Sicht sind Gegenmaßnahmen umgehend notwendig. Außerdem müsse es eine offensive Bildungspolitik geben, die bereits im frühesten Kindesalter ansetzt und die Eltern mit einbezieht. *Quelle: Pressemitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Sachsen vom 25. November 2007*

Erziehungsrenten. Bis vor wenigen Jahren war die Erziehungsrente das Mauerblümchen im Leistungskatalog der gesetzlichen Rentenversicherung. Das lag an ihren besonderen Voraussetzungen: Anspruch auf Erziehungsrente hat nur, wer von einem inzwischen verstorbenen Ehepartner geschieden ist, ein eigenes oder ein Kind des einstigen Ehepartners erzieht, bis zu dessen Tod die allgemeine Wartezeit von fünf Jahren erfüllt und nicht erneut geheiratet hat. Im vergangenen Jahrzehnt hat die Erziehungsrente jedoch Karriere gemacht. So erhöhte sich die Zahl der Erziehungsrentnerinnen und -rentner vom Beginn der 1990er-Jahre bis zum Jahr 2006 um das Vierfache auf knapp 11 000 Mütter und Väter. Als Ersatz für die entfallenen Unterhaltszahlungen des ehemaligen Partners erhalten diese eine Monatsrente von durchschnittlich 700 bis 750 Euro. *Quelle: Zukunft jetzt 4.2007*

Förderung von Mittagessen. In Nordrhein-Westfalen ist der Landeszuschuss zum Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ von 10 auf 13,5 Mio. Euro aufgestockt worden. Die

Landesregierung reagierte damit auf einen erhöhten Bedarf. Rund 65 000 Kinder und Jugendliche erhalten momentan einen Zuschuss zum Mittagessen in der Ganztagschule. Ursprünglich war man von 50 000 Bedürftigen ausgegangen, die Nachfrage hat diese Erwartung aber übertroffen. Das Bundesland zahlt pro Essen einen Euro, wenn die Kommunen oder Spendenden ihrerseits einen Euro zahlen und die Eltern 50 Cent Eigenbeitrag leisten. *Quelle: Caritas in NRW 5.2007*

► Gesundheit

Drogenkonsum in Europa. Der Drogenkonsum in Europa ist erstmals seit zehn Jahren konstant geblieben. Das geht aus dem Jahresbericht 2007 der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht hervor. Der Kokainmissbrauch nimmt nach Aussage des Berichts allerdings weiter zu. „Der Anstieg beim Kokainkonsum und die große Zahl der Drogentoten zeigen, dass Europa weiter zusammenarbeiten muss, um den Kriminellen, die hinter Drogenproduktion und -schmuggel stehen, das Handwerk zu legen“, sagte der Vizepräsident der EU-Kommission Franco Frattini. Einen negativen Rekord verzeichnet die Europäische Union (EU) bei der Menge des beschlagnahmten Kokains: Mit 107 Tonnen liegt diese um mehr als 45 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. EU-Kommissar Frattini verwies jedoch darauf, dass der Konsum von Cannabis und Heroin nicht weiter gestiegen sei. Die EU sei heute außerdem besser als noch vor zehn Jahren dafür gerüstet, die Drogenprobleme anzugehen. *Quelle: Das Parlament 48.2007*

Basisdaten zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin. Von Sylke Oberwöhrmann und Susanne Bettge. Selbstverlag der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Berlin 2007, 105 S., EUR 10,- *DZI-D-8090*

Dieser Bericht enthält die Basisdaten zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin aus der Einschulungsuntersuchung (ESU) 2005. Die für alle Kinder verbindliche ESU ermittelt Daten zu präventionsrelevanten Bereichen, zum Beispiel zur motorischen, kognitiven und sprachlichen Entwicklung sowie zum Impfstatus und zur Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen. Darüber hinaus werden Daten zur Familie und zum Besuch von Vorschuleinrichtungen dokumentiert. Besondere Beachtung fand die sozialräumliche Dimension unter Mitbeziehung der neuen lebensweltlich orientierten Planungsräume. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass zwischen der gesundheitlichen und der sozialen Lage der Kinder ein ausgeprägter Zusammenhang besteht. Bestellanschrift: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28-26 60, Fax: 030/90 28-20 82 E-Mail: Gerhard.Meinlschmidt@SenGUV.Verwalt-Berlin.de

Urlaubspflege. Wer pflegt, hat Rechtsanspruch auf Urlaub. In dieser Zeit zahlt die Pflegekasse eine Vertretungskraft, egal wo, also auch am Urlaubsort. Das gilt nach einem Jahr Pflege für einen Urlaub von höchstens vier Wochen Gesamtdauer und 1 432 Euro Kosten. Das Prinzip ist im Sozialgesetzbuch XI, § 39 geregelt. Doch da jeder Fall anders liegt, sollten sich Interessierte an die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen der verschiede-

nen Anbieter und Träger wenden. *Quelle: helfen + retten, Landesverband Schleswig-Holstein 4.2007*

Hat Alter(n) noch Zukunft? Prämierte Beiträge des BKK Innovationspreises Gesundheit 2006. Hrsg. BKK Landesverband Hessen. Mabuse-Verlag. Frankfurt am Main 2007, 178 S., EUR 17,90 *DZI-D-8111*

Der vorliegende Band enthält die drei Gewinnerarbeiten des BKK Innovationspreises Gesundheit vom Jahr 2006. Unter dem Schwerpunkt „Hat Alter(n) noch Zukunft?“ wurden wissenschaftliche Aspirantinnen und Aspiranten aufgefordert, Arbeiten einzureichen, die einen Wandel vom „Problem Alter“ zur „Zukunft Alter“ bewirken könnten, indem sie sich mit Erfolg versprechenden Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation und des Gesundheitsverhaltens älterer Menschen befassen sollten. So wird im ersten Beitrag die Auswirkung eines psychomotorischen Trainingsprogramms in einem Altenpflegeheim beschrieben. Im zweiten Artikel geht es um die Frage, inwieweit die Möglichkeit der gesellschaftlichen Integration und Mitwirkung für Hochaltrige noch gegeben ist. Die dritte Arbeit betrachtet das Thema des gesundheitsgerechten Wohnens im Alter und die Interventionsmöglichkeiten von Prävention und Gesundheitsförderung. Bestellanschrift: BKK Landesverband Hessen, Stresemannallee 20, 60591 Frankfurt am Main, Tel.: 069/963 79-0, Fax: 069/963 79-100

Ab 35 Jahre Hautkrebsvorsorge. Die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen künftig die Kosten für die Hautkrebsfrüherkennung. Versicherte ab 35 Jahre können sich alle zwei Jahre untersuchen lassen, so lautet ein Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses von Ärzten und Krankenkassen. „Mit dieser Entscheidung trägt der Gemeinsame Bundesausschuss der Tatsache Rechnung, dass Hautkrebs in einem frühen Stadium behandelt und dann auch häufig geheilt werden kann“, sagte der Ausschussvorsitzende Rainer Hess. Spätestens nach fünf Jahren soll der Erfolg dieser Früherkennungsmaßnahme überprüft werden. Die Entscheidung beruht auf den Ergebnissen des Projektes „Hautkrebs-Screening in Schleswig-Holstein“. Hautärzte und spezialisierte Hausärzte übernehmen die Untersuchungen. Jährlich erkranken in Deutschland etwa 120 000 Menschen an verschiedenen Formen von Hautkrebs. Am sogenannten malignen Melanom, einer besonders gefährlichen Ausprägung, sterben in Deutschland etwa 2 000 Menschen pro Jahr. *Quelle: VdK Zeitung 12.2007/1.2008*

Neue Rahmenvorgaben für die Selbsthilfeförderung. Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen haben sich mit den Organisationen der Selbsthilfe auf Rahmenvorgaben zur Selbsthilfeförderung ab Januar 2008 verständigt. Damit wird Vorschriften der jüngsten Gesundheitsreform Rechnung getragen. Die neuen Vorgaben sind bei der Ausgestaltung des Förderverfahrens ab dem Jahr 2008 zu berücksichtigen und sind dann Bestandteil der neuen „gemeinsamen und einheitlichen Grundsätze der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Umsetzung von Paragraph 20c Sozialgesetzbuch V“, die von den Spitzenorganisationen bis spätestens Mitte dieses Jahres unter Beteiligung der Vertretungen der Selbsthilfe überarbeitet werden. *Quelle: G+G Blickpunkt 10.2007*

► Jugend und Familie

Ausgaben für Jugendhilfe im Jahr 2006. 20,9 Mrd. Euro für Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wurden von der Bundesregierung, den Bundesländern und Gemeinden im Jahr 2006 ausgegeben. Damit stiegen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 %. Nach Abzug der Einnahmen, unter anderem aus Gebühren oder Teilnahmebeiträgen, wurden netto rund 18,8 Mrd. für diesen Bereich aufgewendet (- 0,4 % gegenüber 2005). Mit 11,8 Mrd. Euro wurde mehr als die Hälfte der Bruttoausgaben (56 %) für Kindertagesbetreuung geleistet. Nach Abzug der Einnahmen in diesem Bereich verblieben für die öffentliche Hand netto 10,4 Mrd. Euro an Ausgaben. Mit insgesamt 5,6 Mrd. Euro wendeten die öffentlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe 2006 gut ein Viertel der Bruttoausgaben (27 %) für Hilfen zur Erziehung auf. 3,4 Mrd. Euro dieser Ausgaben entfielen auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderen betreuten Wohnformen. Für die Sozialpädagogische Familienhilfe erhöhten sich die Ausgaben um 8 % auf 393,4 Mio. Euro. Für Maßnahmen der Jugendarbeit, zum Beispiel außerschulische Jugendbildung, Erholungsmaßnahmen oder internationale Jugendarbeit, wurden 1,4 Mrd. Euro oder 6,6 % der Gesamtausgaben aufgewendet. Die Ausgaben für vorläufige Schutzmaßnahmen, zu denen insbesondere die Inobhutnahme bei Gefährdung des Kindeswohls gehört, stiegen bundesweit von 76,2 Mill. Euro im Jahr 2005 auf 81,1 Mill. Euro im Folgejahr (+ 6,4 %). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 474/07 vom 23. November 2007*

Präventiver Kinder- und Jugendschutz. Gesamtkonzept. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales. Selbstverlag. München 2007, 240 S., kostenfrei, *DZI-D-8021* Dieses Gesamtkonzept zum Kinder- und Jugendschutz in Bayern beschreibt, ausgehend von der Leistungsverpflichtung des § 14 Sozialgesetzbuch VIII, die einzelnen Aufgabenbereiche des Kinder- und Jugendschutzes unter Berücksichtigung eines präventiven Grundverständnisses. In die Neuauflage wurden neu entstandene oder stärker in das Bewusstsein getretene Gefährdungssituationen und geänderte Rechtsgrundlagen aufgenommen. Die Zusammenfassung der einzelnen Aufgabenbereiche des Kinderschutzes ermöglicht eine umfassende Grundorientierung zur Struktur, zu Arbeitsschwerpunkten, Funktionen, Zielgruppen und Handelnden des präventiven Kinder- und Jugendschutzes in Bayern. Bestelladresse: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Postfach 40 02 60, 80702 München, Tel.: 089/12 61-04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelle@zbfbs-blja.bayern.de

Aktuelle Gerichtsentscheidungen zum Jugendmedienschutz. Der Bundesgerichtshof bestätigte eine Entscheidung, dass Anbietende von Online-Pornographie in Deutschland das Alter ihrer Nutzenden genau überprüfen müssen. Ebenso stellte er klar, dass das inländische Jugendschutzrecht auch für ausländische Angebote gilt. Zum anderen hatte das Landgericht Frankfurt beschlossen, einen Internet-Provider dazu zu verpflichten, den Zugang zu einem US-Porno-Portal zu sperren, das gegen deutsche Jugendschutzaufgaben verstößt. „Für einen effizienten Jugendmedienschutz müssen hohe Anforderungen an die

Anbietenden gestellt werden. Die zwei aktuellen Gerichtsentscheidungen des Bundesgerichtshofs und des Landgerichts Frankfurt vom vergangenen Freitag bestätigen diese hohe Messlatte und bedeuten einen Meilenstein für den Jugendmedienschutz“, erklärte Bayerns Jugend- und Familienministerin Christa Stewens. „Beide Entscheidungen bedeuten einen wichtigen Schritt, um rechtlich auch gegen jugendgefährdende Angebote aus dem Ausland vorgehen zu können. Es kann nicht sein, dass private Sexfilme, Ausschnitte aus Pornos oder Werbefilme für Hardcore-Produktionen in Deutschland ohne Alterskontrolle Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden“, betonte die Ministerin. Stewens begrüßte ausdrücklich die Haltung des Landgerichts Frankfurt, das auch die Zugangsanbietenden für das Internet in der Pflicht sieht: „In diesen Fällen extremer Kinder- und Jugendgefährdung stehen alle Beteiligten in der Verantwortung. Suchmaschinen kommen dieser Verpflichtung seit langem nach, indem sie indizierte Angebote sperren.“ *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 524.2007*

Autismus und Schule. Perspektivenentwicklung der schulischen Förderung autistischer Kinder in der Bundesrepublik. Hrsg. Verband Sonderpädagogik e.V. Selbstverlag. Berlin 2007, 88 S., EUR 10,- *DZI-D-8025* Diese Publikation ist eine Zusammenstellung von Beiträgen einer Fachtagung, die im November 2006 an der Humboldt-Universität in Berlin stattgefunden hat. Intention der Tagung war es, über ein unterschiedliches Angebot von Praxisbeispielen aus verschiedenen Staaten und Bundesländern Impulse für die künftige schulische Förderung autistischer Kinder und Jugendlicher zu geben, die heutzutage in nahezu allen Schulformen der bundesweiten Bildungseinrichtungen anzutreffen sind. Bestelladresse: Verband Sonderpädagogik e.V., Fachverband für Behindertenpädagogik, Landesverband Berlin, Paul-Junius-Str. 15, 10367 Berlin, Tel.: 030/505 09 60, Fax: 030/50 50 96 78

Ausland zum Schnuppern: Gastfamilien in aller Welt. Schülerinnen und Schüler zwischen 12 und 18 Jahren, die sich nicht gleich für ein halbes oder ein ganzes Schuljahr an einer High School im Ausland festlegen möchten, können sich jetzt für das Programm „Familienaufenthalte – Homestay“ anmelden. Je nach Land können die Jugendlichen einen Aufenthalt zwischen zwei und acht Wochen bei einer Gastfamilie im Ausland wählen und optional einen Sprachkurs, Schulbesuch, Einzelunterricht oder ein Praktikum hinzu buchen. In allen Programmen wohnen die Jugendlichen bei Gastfamilien, die diese wie ihre eigenen Kinder an ihrem Leben teilhaben lassen. Zusätzlich kümmern sich Betreuende vor Ort um die einzelnen Gäste. Information: KulturLife – gemeinnützige Gesellschaft für Kulturaustausch mgh, Exerzierplatz 9, 24103 Kiel, Tel: 04 31/888 14-131, Fax: 04 31/888 14-19 E-Mail: presse@kultur-life.de

► Ausbildung und Beruf

DBSH zu den Fällen von Kindesvernachlässigung. Eines steht fest: In Schwerin wurden fachliche Fehler gemacht. „Diese Fehler liegen im System, am allerwenigsten sind sie ein Versäumnis der Kolleginnen und Kollegen“, so der Sprecher des Deutschen Berufsverbandes für Soziale

Arbeit (DBSH), Wilfried Nodes. Der DBSH befürchtet auch in der nächsten Zeit weitere tragische Vorfälle. Er benennt fünf entscheidende Ursachen für aktuelle Fehlentwicklungen: 1. Häufig begnügten sich die Jugendämter bei einer möglichen Kindeswohlgefährdung damit, sich allein das betroffene Kind anzuschauen. 2. Allzu viele Jugendämter beschränkten sich darauf, eine Sozialpädagogische Familienhilfe oder eine andere Unterstützung zu möglichst geringen Kosten zu genehmigen. 3. Es gebe in Deutschland keine Standards für die Personalausstattung bei den für den Kinderschutz zuständigen Sozialen Diensten. Noch 2003 sei ein Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin für im Durchschnitt 50 Fälle zuständig gewesen, heute sei die Anzahl weitaus größer. 4. Viel zu wenig Wert werde auf die Qualifikation und Weiterbildung des Fachpersonals gelegt. So seien systematische Fortbildung, Praxisbegleitung und Supervision in den meisten Jugendämtern eher die Ausnahme. 5. Kinderschutz stehe heute, wie die Soziale Arbeit generell, unter dem Vorzeichen der Kosteneinsparung. Der gesamte Wortlaut der Erklärung ist unter www.dbsch.de abzurufen.

Zum aktuellen Diskurs um Ergebnisse und Wirkungen im Feld der Sozialpädagogik und Sozialarbeit – Literaturvergleich nationaler und internationaler Diskussion. Von Hans-Uwe Otto. Eigenverlag der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Berlin 2007, 130 S., EUR 8,- *DZI-D-8102*
Im Zuge der internationalen Diskussion um die sogenannte Evidence-based Policy gewann die Idee an Einfluss, nur

noch solche Maßnahmen zu finanzieren, die gewünschte Wirkungen nachweisen können. Vor diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Expertise der Diskurs um die Wirkungsorientierung in der Sozialarbeit erörtert, wobei die aktuelle internationale und nationale Literatur sowie die im angloamerikanischen und skandinavischen Raum gewonnenen Erkenntnisse mit einbezogen werden. Der Beschreibung des Wirkungsdiskurses in Deutschland folgt eine ausführliche Darstellung der Idee der wirkungsorientierten Steuerung, wie sie sich quer durch Politik, Praxis und Forschung zieht. Abschließend wird der Capability-Ansatz betrachtet, mit Verweis auf das aus diesem Ansatz abgeleitete Forschungs- und Evaluationsprogramm für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Bestellanschrift: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/40 04 02 00, Fax: 030/40 04 02 32, E-Mail: agj@agj.de

Weniger Arbeitsstunden. Die deutschen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen arbeiten im Trend immer weniger. Im Jahr 2006 waren es 1 351 Arbeitsstunden je arbeitender Person; das waren 528 Stunden weniger als noch im Jahr 1970 oder 30 Stunden weniger als im Jahr 2000. Diese Tendenz zur kürzeren Arbeitszeit hat jedoch in letzter Zeit spürbar abgenommen. Im internationalen Vergleich stehen die Deutschen mit ihrer jahresdurchschnittlichen Arbeitszeit freilich ganz am unteren Ende der Rangliste, zusammen mit den Niederlanden (1 312 Stunden) und Frankreich (1 360 Stunden). *Quelle: Deutsche Angestellten Zeitung DHV 6.2007*

Wir denken weiter.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement.

Nutzen Sie alle Vorteile des controlling-basierten Cash-Managements.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de



**Bank
für Sozialwirtschaft**

Fortbildungsangebote für 2008. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

AWO Akademie Helene Simon, Geschäftsstelle Bonn: Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/66 85-142, Fax: 02 28/66 85-211, E-Mail: akademie@awobu.awo.org

BundesAkademie für Kirche und Diakonie, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/488 37-488, Fax: 030/488 37-300, E-Mail: info@bundesakademie-kd.de

Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Autismus, Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, Fax: 040/511 08 13, E-Mail: info@autismus.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V., Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, Fax: 02 21/52 99 03, E-Mail: dgsp@netcologne.de

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, Landesverband Bayern e.V., Romanstraße 67, 80639 München, Tel.: 089/17 99 70-0, Fax: 089/178 56 47
E-Mail: bayern@dbfk.de

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Fax: 030/629 80-150, E-Mail: info@deutscher-verein.de

Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: info@eahonline.de

Evangelische Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel.: 071 64/79-0, Fax: 071 64/79-440
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-15, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-538, Fax: 07 61/200 199
E-Mail: akademie@caritas.de

Institut für Innovation und Beratung an der Evangelischen Fachhochschule Berlin e.V., Postfach 37 02 55, 14132 Berlin, Tel.: 030/845 82-245, Fax: 030/845 82-217, E-Mail: dmuss@evfh-berlin.de

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel.: 069/63 39 86-0, Fax: 069/63 39 86-25, E-Mail: igfh@igfh.de

Kommunales Bildungswerk e.V., Gürtelstraße 29a/30, 10247 Berlin, Tel.: 030/29 33 50-0, Fax: 030/29 33 50-39, E-Mail: info@kbw.de

Lebenshilfe Landesverband Bayern, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 091 31/754 61-0, Fax: 091 31/754 61-90, E-Mail: info@lebenshilfe-bayern.de

Moreno Institut für Psychodrama, Soziometrie, Gruppenpsychotherapie GmbH, Uhlandstraße 8, 88662 Überlingen, Tel.: 075 51/628 16, Fax: 075 51/608 33
E-Mail: morenoinstitut-ueberlingen@t-online.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Winzererstraße 9, 80797 München, Tel.: 089/12 61-28 04, Fax: 089/12 61-22 80
E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de

Tagungskalender

12.-14.2.2008 Hannover. Altenpflege + ProPflege 2008. Fachmesse mit Kongress für Pflege, Therapie, Betreuung + Professionelle Patientenversorgung. Veranstalter: Vincentz Network, Veranstaltungsdienste, Plathnerstraße 4c, 30175 Hannover, Tel.: 05 11/99 10-175, E-Mail: veranstaltungen@vincentz.net, Internet: www.vincentz.net

5.-7.3.2008 Münster. 7. Europäischer wissenschaftlicher Kongress für Pflegeinformatik. Information: Fachhochschule Münster, Informations- und Pressestelle, Hüfferstraße 27, 47149 Münster, Tel.: 02 51/83-640 90
E-Mail: pressestelle@fh-muenster.de
Internet: www.printernet.info/eni08

5.-7.3.2008 Interlaken/Schweiz. Tagung 2008: Neue Gewalt oder neue Wahrnehmung? Anmeldung: Fabienne Vogler, Route de l'Aurore 16, 1700 Fribourg/Schweiz

4.-5.4.2008 München. Münchner Symposion Frühförderung 2008: Ois is Risiko. Bio-psycho-soziale Entwicklungsrisiken, Resilienz und die Frühförderung. Organisation: Arbeitsstelle Frühförderung Bayern. Päd. Abt., Seidlstraße 4/II, 80335 München, Tel.: 089/54 58 98-20, E-Mail: paed@astffby.de, Internet: www.fruehfoerderung-bayern.de

14.-16.4.2008 Mainz. Seminar: Lösungsorientierte Beratung nach De Shazer. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/289 44-43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de/ifw/

16.-17.4.2008 Hannover. Fachtagung: Eltern stützen – Kinder schützen. Was muss sich ändern im Verhältnis Eltern – Kind – Staat? Information: AFET, Osterstraße 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-3, E-Mail: info@afet-ev.de, Internet: www.afet-ev.de

9.-11.5.2008 Würzburg. 4. Internationale Tagung: Identitäten: „Ich bin ..., Ihr seid...“. Gefährliche Selbst- und Fremdbilder und ihre Wandlung zu kollektiver Intelligenz. Information: Institut für Systemaufstellungen und Integrative Lösungen, Dr. Albrecht und Brigitte Mahr, Mittlerer Dallenbergweg 37a, 97082 Würzburg, Tel.: 09 31/784 01 00, E-Mail: a.u.b.mahr@t-online.de
Internet: www.tagung08.lchbin-lhrseid.de

26.-30.5.2008 Weingarten/Oberschwaben. Seminar: Führen in Zeiten der Veränderung. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0
E-Mail: weingarten@akademie-rs.de
Internet: www.akademie-rs.de